

Die dramatischen Auswirkungen einer verfehlten COVID-Maßnahmenpolitik.



Pflegekräfte

braucht unser Land!

Ich weiß, es kommt eigentlich viel zu spät, dass ich diesen Aufruf schreibe. Aber in der ganzen Aufregung der Pandemie und deren Maßnahmen wäre dieser Aufruf sowieso als Verschwörungstheorie abgetan worden. Mittlerweile ist es allerdings unumstritten auch in der Bundesregierung, dass die Impfung wenig bis keinen Wert hat. Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach bereitet ja deshalb schon die nächsten Booster-Impfungen für den Herbst vor. Aber warum eine Impfung, die maximal drei Monate wirkt, als eine verhältnismäßige Maßnahme immer noch in der Diskussion bei unseren Volksvertretern ist, ist mir schleierhaft.

Namhafte Wissenschaftler, haben bereits zu Beginn der Pandemie, nicht nur vor der Sinnlosigkeit der Lockdowns, sondern auch die der mRNA-Impfung gewarnt. Nach nunmehr zwei Jahren Erfahrung mit den Maßnahmen und zuletzt dem dramatischen Ansteigen der Inzidenz trotz einer bis zu 70%igen Impfquote, machen jedem Bundesbürger deutlich, dass die Impfkampagne ein absoluter Misserfolg ist. Neueste Studien, die unter anderem auch in nature publiziert wurden, bestätigen diese bürgerliche Feststellung.

Die Kosten für die immensen, allerdings fruchtlosen Maßnahmen, belaufen sich auf zig 100 Milliarden Euro. Das ist eine Zahl, die uns Bürger, die diese Summe ja aufbringen müssen, doch

sehr erschreckt, zumal in der Pandemie, aus Kosteneinspargründen, z.B. u.a. Hunderte von Betten in den Kliniken reduziert wurden. [Ich spreche hier nicht über die Intensivpflegebettprämie des Gesundheitsministers Jens Spahn ohne entsprechendes Pflegepersonal, sondern um die reguläre Reduktion bei den Bettenbelegungsplänen]. Auch wenn diese Maßnahmenkosten immens sind, so werden wir diese in ein paar Jahren abbezahlt haben. Was die Regierenden, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene allerdings mit all diesen Maßnahmen an den vor allem vulnerablen Menschen angerichtet haben, kann weder abbezahlt noch wiedergutmacht werden.

Das war und ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dies darf sich nicht wiederholen!

Die, durch die Regierenden, in mantramäßiger Wiederholung vorgetragene Verpflichtung für den so wichtigen Schutz der vulnerablen Menschen in unserem Land, sah wie folgt aus:

„In den ersten Tagen [der Frührehabilitation] konnte ich keinen Kontakt zu meiner Mutter aufnehmen, nach 3 Tagen sah ich sie über WhatsApp in einem desaströsen, verwahrlosten Zustand: Verfilzte Haare, ziemlich verwirrt und die Krankenschwester war bereits bei diesem ersten Anruf sehr genervt. Mir wurde langsam bewusst: Das Gefangen sein im eigenen Körper ist für meine Mutter nur sehr schwierig zu ertragen und dann kommt noch eine unzureichende Pflege dazu. Ich will mir gar nicht ausmalen, was für eine Angst meine Mutter haben muss! Und wir müssen tatenlos mit ansehen, wie sie starke, sich wiederholende Schmerzen hat, ohne dass sie selbst um Hilfe bitten könnte. Nicht einmal den Notfallknopf könnte sie drücken. Ihr Unwohlsein konnte sie uns nur durch zusammengezogene Augenbrauen mitteilen. Meine Mutter hat eine sehr hohe Schmerztoleranzgrenze und sie mit einem ganz schmerzverzerrten Gesicht zu sehen, zerriss der ganzen Familie, die um das Handy versammelt war, das Herz. Der Schmerz war plötzlich selbst für uns spürbar, so hilflos wie

sie da lag.“

Später durfte eine Person der Familie für eine Stunde in der Woche die Frau besuchen. Im Sinne einer guten Rehabilitation ein No-Go! Warum, trotz grundimmunisiert und getestet, die Besuchszeit auf eine Stunde beschränkt ist, konnte mir auch die Geschäftsleitung nicht schlüssig begründen.

Nach nunmehr 30 Jahren Erfahrung in der Selbsthilfe und unzähligen Gesprächen mit Betroffenen möchte ich mir gar nicht ausmalen, was diese Frau möglicherweise für Ängste ausgestanden hat. Schwerst hirngeschädigte Patienten haben oft nur ein minimales bzw. zeitlich sehr eingeschränktes Bewusstsein. Taktile Wahrnehmung in Verbindung mit vertrauter Stimme ist, auch aus eigener Erfahrung mit meiner Frau, unbedingt notwendig, um diese im minimalen Bewusstseinszustand befindlichen Menschen aus ihrem Trauma zu holen.

Zwei Monate später, die Mutter ist „aufgewacht“, beschreibt die Tochter diesen Zustand sehr treffend:

„Die Isolation und Einsamkeit haben dazu geführt, dass sie wirres Zeug redet, zu schwach ist, sodass wir sie am Telefon nicht hören können. Sie sieht die ganze Zeit verängstigt zur Tür, versucht die Handschuhe loszuwerden, die sie erneut tragen muss, sieht sehr verzweifelt ... schon gar verrückt aus.“

Aber dieser politisch erzwungene Zustand ist nicht nur für die Betroffene eine seelische Folter, sondern auch für die gesamte Familie.

„Ich fühle mich ohnmächtig, hilflos und kann nur zusehen. Es fühlt sich an, als wäre sie „weggesperrt“ und sich selbst überlassen, als wäre sie in Isolationshaft. Doch dabei ist sie klar im Kopf und muss ihren Zustand irgendwie ertragen. Das gleicht einer Folter mit seelischen Qualen.“

Auch ich fühle mich ohnmächtig, angesichts solcher Berichte, denn selbst ein Hilferuf an unseren Bundespräsidenten

verhalte ohne eine Hilfestellung. Wer kommt für diese Traumen und die Folgeschäden der Maßnahmen auf? Wer für den dadurch auch volkswirtschaftlich großen Schaden?

Das Parlament? Die Parlamentarier, die dieses unsägliche Leid dieser vulnerablen Menschen und deren Angehörigen im Bundes- und Landtag beschlossen haben?

Wohl nicht, denn dazu bräuchten wir einen funktionierenden Rechtsstaat mit unabhängiger Staatsanwaltschaft. Wer an dieser meiner Aussage zweifelt, bzw. diese sogar als staatsfeindlich bezeichnet, der möge mir einen praktikablen, für diese Patientin gangbaren und finanzierbaren Weg der Anklage gegen die Regierung benennen. Nur dies würde mich bewegen, diese Aussage zurückzunehmen.

Fazit:

Sowas darf nie wieder passieren, wenigstens nicht bei uns im Musterländle, denn wir können doch alles, so die Landesregierung, nur nicht Hochdeutsch und Englisch, wie die jetzige Landesregierung ergänzt. Weitere Negierungen sind wohl auf einer geheimen Negativliste.

Wir vom Landesverband wollen aber dafür kämpfen, dass die neurologische Rehabilitation wieder von dieser Negativliste gestrichen werden kann. Sicherlich aber erst dann, wenn die Landesregierung, u.a. auch durch die neu hinzugekommene Gruppe der durch Long COVID neurologisch Erkrankten, die Bettenbelegungspläne entsprechend nach oben angepasst hat.

Karl-Eugen Siegel

Vorsitzender

Landesverband Baden-Württemberg